



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
L 21

Kiel, 2. Oktober 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*75. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 1. Oktober 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa über die **aktuelle Situation der Abschiebehafteinrichtung Rendsburg und die Planungen der Landesregierung bezüglich des weiteren Betriebs der Einrichtung** auf Antrag der Abg. Astrid Damerow, [Umdruck 18/3288](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU, **Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltschaftlicher Organisation ermöglichen**, [Drucksache 18/1422](#), und zu dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), ab. Der Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der Stimmen der CDU abgelehnt. Der Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/1422](#), wurde vom Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN zur Ablehnung empfohlen.

Die Ausschussmitglieder schlossen auch ihre Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von PIRATEN und CDU **zur Schaffung von Transparenz politischer Weisungen gegenüber Staatsanwälten**, [Drucksache 18/1660](#), ab. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP wurde der von den Koalitionsfraktionen eingereichte Änderungsantrag in [Umdruck 18/3362](#) angenommen. Bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktionen von PIRATEN und CDU, [Drucksache 18/1660](#), in der geänderten Fassung anzunehmen.

Der Ausschuss vertagte seine abschließende Beratung zu den Gesetzentwürfen zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksachen 18/2115](#), [18/2116](#), auf eine

Sondersitzung während des Plenums am Mittwoch, den 8. Oktober 2014, 13 Uhr, im Anschluss an die Vormittagsplenarsitzung.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN **zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes**, [Drucksache 18/196](#), abzulehnen.

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministeriums über den **aktuellen Stand der Planungen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Boostedt, Neumünster und anderen Orten** auf Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer, [Umdruck 18/3356](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Der **Bericht des Innenministeriums zur zahlenmäßigen Entwicklung und Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Schleswig-Holstein im Jahre 2013**, [Umdruck 18/3209](#), wurde vom Innen- und Rechtsausschuss zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Syrische Kriegsoffer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen!**, [Drucksache 18/2089](#), und zu dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Regierungsfractionen, [Drucksache 18/2141](#), in ihrer Sitzung am 29. Oktober 2014 fortzusetzen.

Vor dem Hintergrund weiterem Beratungsbedarf der medienpolitischen Sprecher verschoob der Ausschuss seine Beratung zu den **Vorlagen zum NDR-Staatsvertrag**, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/1761](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1834](#), sowie zum Antrag der Fraktion der FDP, **Versprechen einlösen - Mehreinnahmen an die Beitragszahler zurückgeben**, [Drucksache 18/1850](#).

Die Ausschussmitglieder empfahlen dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages**, [Drucksache 18/1746](#), anzunehmen.

Das **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 23 Absatz 2 der Landesverfassung über die Vorlage des Durchsuchungsbeschlusses im Fall Wende (Rückkehroption an die Universität Flensburg) für die Räumlichkeiten der Staatskanzlei**, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdruck 18/3380](#), erreichte das vorgesehene Quorum.

Die Ausschussmitglieder beschlossen, zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2160](#), und zum Bericht der Landesregierung, **Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2190](#), in enger Abstimmung mit den anderen beteiligten Ausschüssen zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Gegenüber der Geschäftsführung des Ausschusses sollen bis zum 10. Oktober 2014 die Fragestellungen zu den Vorlagen und die Anzuhörenden benannt werden.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**, [Drucksache 18/2221](#), und zu den dazu vorliegenden Änderungsanträgen, [Drucksachen 18/2255](#), [18/2267](#), beschloss der Innen- und Rechtsausschuss, sich dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses anzuschließen.

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN, **In Schleswig-Holstein ist kein Platz für Antisemitismus!**, [Drucksache 18/2260](#) (neu), soll zur Beratung im Ausschuss aufgerufen werden, wenn es eine Abstimmung der fachpolitischen Sprecher hierzu gegeben hat.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Sicherung von Dauerwohnraum**, [Drucksache 18/2108](#), beschloss der Ausschuss mehrheitlich, diesen zu beraten, sobald der in diesem Zusammenhang erwartete Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt. Der Antrag der Fraktion der PIRATEN, auf Sylt einen Vororttermin durchzuführen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Bundesratsinitiative zur Schaffung größerer Rechtssicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen**, [Drucksache 18/2219](#), wurde der Innenminister gebeten, in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Den Bericht der Landesregierung **über die Arbeitsgruppenergebnisse zum Personalabbau und zur Struktur der Landespolizei**, [Drucksache 18/2162](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschloss außerdem, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes**, [Drucksache 18/2123](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 10. Oktober 2014 benannt werden.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug des Jugendarrestes in Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/891](#)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU - [Umdruck 18/1809](#)
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Umdruck 18/3363](#)
- **Einbürgerung von Gebühren freistellen**
Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/1858](#)
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/2047](#)
- **Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein - A 20 endlich fertigstellen“**
Antrag der Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein e.V. - A 20 endlich fertigstellen“ - [Drucksache 18/2248](#)

Terminplanung:

Mittwoch, 8. Oktober 2014, ca. 13 Uhr
(im Anschluss an die Vormittagssitzung des
Plenums)

Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
(abschließende Beratung Verfassungsände-
rung)

Mittwoch, 29. Oktober 2014, 13 Uhr

Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
(die geplante gemeinsame Sitzung mit dem
Verfassungsausschuss der Hamburger Bür-
gerschaft entfällt)

Schluss: 17:15 Uhr

gez. i.V. Petra Tschanter